

Nachdem am 27. Juni 2017 der Prozess der Waffenübergabe der FARC an die UNO abgeschlossen wurde, stellt der Analyst Eduardo Pizarro Leongómez für das Magazin SEMANA Überlegungen an, welche weiteren Entwicklungen zu erwarten sein könnten:

Was folgt nach der Waffenübergabe der FARC?

Es ist eine der wichtigsten Lektionen, die weltweit die Beendigung bewaffneter interner Konflikte gelehrt hat, dass ein seriöser und konsistenter Plan für die Nachkonfliktzeit entworfen werden muss, um so nicht nur die Wiederkehr der Konfrontation nach wenigen Jahren zu verhindern, sondern auch das Entstehen von Wellen der Kriminalität. Letztere als Ergebnis des Scheiterns eines Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (in span. Abkürzung: DDR, A.d.Ü.) der früheren Kämpfer sowie des Fehlens weiterer formulierter Aufgaben und Erfordernisse.

Das Wiederaufleben bewaffneter Konflikte ist hauptsächlich festzustellen bei Konflikten rassischer, regionalistischer oder religiöser Natur, wie man sie in Afrika, Asien und auf dem Balkan antrifft. Nach der klassischen Studie von Paul Collier und Anke Hoeffler betrug das Risiko der Rückkehr bewaffneter Auseinandersetzungen in diesen Regionen während der ersten fünf Jahre nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens 44%.

In Lateinamerika, obwohl es hier in allen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach der kubanischen Revolution von 1959 Guerrillabewegungen gegeben hat, gab es weder nach den militärischen Niederlagen der Guerrilla in Brasilien, Argentinien und Uruguay noch nach ihrer Integration in Friedensprozesse wie in El Salvador und Guatemala einen einzigen Fall des Wiederauflebens bewaffneter Auseinandersetzungen.

Eher kam es in Lateinamerika, vor allem in Zentralamerika, zu dem besorgniserregenden Phänomen der ausufernden Kriminalität, die sowohl in El Salvador als auch in Guatemala ein prägender Faktor der Nachkonfliktzeit wurde. Der frühere Kommandant der salvadoranischen Guerrillabewegung FMLN, Joaquín Villalobos, unterstrich bei einem Vortrag, sein Land habe „den Frieden gewonnen, aber den Nachkonflikt verloren“. Und er warnte uns Kolumbianer, wir müssten nicht allein den Frieden gewinnen, sondern ebenfalls den Nachkonflikt. Das heißt, eine Welle von Kriminalität zu verhindern, die in den erwähnten Ländern heute mehr Opfer fordert als zuvor der Bürgerkrieg.

Aus dieser Sicht, so bestätigen Experten, ist die Schaffung von Frieden (peacemaking) das Eine, seine Bewahrung (peacekeeping) ein Anderes, worauf schließlich die Konsolidierung des Friedens (peacebuilding) als Drittes folgt. Dabei handelt es sich um eng miteinander verflochtene Prozesse- ist doch der erste Prozess Voraussetzung für die beiden folgenden- aber dennoch sind es unterschiedliche Etappen mit unterschiedlichen Erfordernissen. Man kann in einem dieser Prozesse erfolgreich sein und dennoch in den beiden anderen scheitern. Wie es Villalobos in seinem Vortrag in Bogotá ausdrückte, „folgte auf die Unterschrift unter das Friedensabkommen ein neuer Krieg, den wir nicht kommen sahen“, angeheizt durch kriminelle Banden wie die Mara Salvatrucha oder die Mara Barrio 18.

Im Ergebnis führte das 1992 unterzeichnete Friedensabkommen in El Salvador nicht zu einem Rückgang der Gewalttaten: Während der 12 Kriegsjahre kamen pro Jahr durchschnittlich 6250 Menschen ums Leben, jedoch stieg diese Zahl in den Nachkriegsjahren auf über 8000 an, wodurch El Salvador zu einem der gewalttätigsten Länder der Welt wurde.

Die Demobilisierung der AUC und die innere Sicherheit

In Kolumbien fand in den letzten Jahren eine deutliche Reduzierung von Tötungsdelikten statt. Und mehr als das: Im Jahr 2016 war die Tötungsrate (Anteil der Tötungsdelikte an allen Straftaten) die niedrigste seit 1974 und die absolute Zahl der gewaltsamen Tötungen die niedrigste seit 1984.

Die Demobilisierung der Autodefensas Unidas de Colombia(AUC), einer ultrarechten bewaffneten Untergrundorganisation, in den Jahren 2005/06 hatte tiefe Auswirkungen in Form des Rückgangs der Tötungsdelikte. Das heißt, dass der Eindruck in der Öffentlichkeit, wonach sich die Kriminalität im Land durch das Entstehen krimineller Banden verschärft habe, ebenso wenig zutreffend ist wie die Meinung, Kolumbien sei das Land mit der höchsten Mordrate in Lateinamerika, das aber in Wirklichkeit nur den 6. Platz einnimmt und die Rate von 67,3% 2003 auf 22,0% 2016 gesunken ist, so dass Kolumbien heute in diesen Werten weit übertroffen wird von Brasilien, Venezuela oder Mexiko.

Dies beweist, dass eine Etappe des Nachkonflikts, wie sie in Kolumbien teilweise und begrenzt stattfand, nicht notwendigerweise von einem exponentiellen Anstieg der Kriminalitätsrate begleitet sein muss, wie das in El Salvador und Guatemala der Fall war, wo man von einem „traumatischen Nachkonflikt“ sprechen kann.

Eine andere Erfahrung aus Zentralamerika zeigt, dass auch ein „traumatischer Nachkonflikt“ nicht irreparabel ist: Der Fall Nicaragua, das heute eines der Länder mit den niedrigsten Tötungsraten(7,0%) des Kontinents ist, und lediglich Argentinien (6,6%), Ecuador(5,6%) und Chile(3,6%) liegen darunter. Und es wird überraschen, dass die Rate niedriger ist als im friedlichen Costa Rica (11,8%). Das bedeutet, man hat in Nicaragua erreicht, nach der Einigung mit den „Contras“ 1990 und nach einer sehr schwierigen Periode mit der Bildung neuer bewaffneter Gruppen (Recontras, Recompas u.a.), einen „gütigen Nachkonflikt“ zu schaffen.

Nach meiner Ansicht ist die Lehre aus den Friedensprozessen eine simple und geradezu augenfällige: Man muss im weiteren Friedensprozess mit Energie die Vereinbarungen des Abkommens umsetzen.

Im Allgemeinen setzen Friedensabkommen die Akzente auf Faktoren, die den bewaffneten Konflikt ausgelöst oder ihn am Leben gehalten haben und deren Überwindung grundlegend ist, um einen Nachkonflikt nachhaltig und friedlich zu gestalten. Es geht dabei um Themen wie die Beseitigung von „autoritären Enklaven“ im politischen System, von Entwicklungshindernissen, um Reformen zugunsten marginalisierter Gruppen usw., deren Nichterfüllung nicht nur zur Belastung für die Zukunft werden kann, sondern zur Quelle der Unzufriedenheit und Frustration in der Bevölkerung.

Ein Beispiel der beabsichtigten Modernisierung in den Vereinbarungen von Havanna ist die des Agrarsektors, dessen Rückständigkeit nicht nur zur Fortdauer des Konflikts beigetragen hat, sondern die auch ein Haupthindernis für die Entwicklung des Landes darstellt.

Eine Lehre aus den Übergangsprozessen vom Krieg zum Frieden ist die Wichtigkeit der Organisation der früheren Kombattanten in Form von Parteien. Eine der Konsequenzen aus der Niederlegung der Waffen ist der plötzliche Verlust von Bedeutung der demobilisierten Teile der Bevölkerung, weil vor allem die Kämpfer an der Basis in eine Etappe tiefer Ungewissheit hinsichtlich ihrer Zukunft eintreten. Auch wenn der Staat eine solide Politik der DDR entwirft, kann der Erfolg oder Misserfolg der Parteibildung entscheidend sein dafür, ob bewaffnete Dissidentengruppen oder kriminelle Banden entstehen, gebildet aus früheren Mitgliedern der Guerrilla.

Da das Entstehen krimineller Netzwerke aus demobilisierten Mitgliedern in Nachkonfliktperioden üblich ist, sind politische Kanalisierung und Parteidisziplin entscheidend, um solche negativen Begleiterscheinungen von Friedensprozessen zu vermeiden. Im Gegensatz zum organisierten Übergang „von den Waffen zur Politik“ der 1990er Jahre (M19, ELP u.a.) kam es zu einer Anarchie

außer Rand und Band nach der Demobilisierung der AUC 2005/06, als deren Anführer ins Gefängnis gesteckt wurden und damit ihr „politischer Tod“ dekretiert worden war – ein klares Beispiel für die Bedeutung eines politischen Apparats, der nach der Niederlegung der Waffen die früheren Kämpfer politisch kanalisieren kann.

Eine gezielte Politik der DDR für die früheren Kämpfer ist ein Schlüssel, um einen „traumatischen Nachkonflikt“ zu vermeiden. Vor allem verhindert sie den Wiedereintritt einer großen Zahl Demobilisierter in die Kriminalität oder auch die Wiederverwendung abgelegter Waffen durch Demobilisierte, Dissidenten oder kriminelle Gruppen.

Für die Demobilisierung ist es unabdingbar zu garantieren, dass die Gesamtheit oder zumindest eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Guerrilla sich wirklich demobilisieren und weder Dissidenten- noch kriminelle Gruppen bilden.

Für die Entwaffnung ist fundamental, dass alle Waffen an eine internationale Organisation übergeben, klassifiziert und öffentlich eingeschmolzen werden. Auf diesem Gebiet zeigt die internationale Erfahrung, dass die vollständige Erfassung der Waffen unerlässlich ist, damit diese nicht in falsche Hände gelangen können, ebenso ihre Zerstörung, denn jede Lagerung wäre mit dem Risiko verbunden, dass die Waffen „tropfenweise“ in den kriminellen Markt gelangen, ermöglicht durch Korruption.....

Was die Reintegration angeht, so enthält der „Weg zur Reintegration“, den die kolumbianische Reintegrationsbehörde ACR verfolgt, drei Hauptdimensionen: Die individuelle, die familiäre und die kommunitäre Reintegration.